

## **Politische Hintergründe der Entscheidung Gouverneur Robert McDonnells, Jens Sörings Antrag auf Entlassung auf Bewährung nicht zu unterstützen**

*von Jens Söring, 8. September 2011*

1. Am 30. März gab Gouverneur Robert McDonnell ein TV-Interview in Lynchburg (der Heimatstadt der Opfer) ab, in dem er den Eindruck erweckte, ich könne tatsächlich auf Bewährung entlassen werden („parole“). Er betonte, es gäbe ein neues „parole board“ mit „neuen Augen“, und es sei „vollkommen unabhängig“.
2. Am 5. April gab der ehemalige Gouverneur Timothy Kaine bekannt, er würde sich bei den Wahlen im November 2012 um das Amt des U.S. Senators bewerben. Sein wahrscheinlicher Republikanischer Gegner: der ehemalige Gouverneur George Allen, der 1995 die „parole“ abschaffte (allerdings nicht rückwirkend).
3. In den darauf folgenden Wochen erschienen rund zwei Dutzend Artikel in verschiedenen Zeitungen, in denen das NRSC (National Republican Senatorial Committee) Kaine dafür angriff, dass er im Januar 2010 versucht hatte, mich nach Deutschland zu überstellen. Der Kontrast, der gezogen werden soll: Kaine ist „soft on crime“ (weich gegenüber Verbrechen – denn er wollte mich nach Deutschland senden), aber Republikaner (wahrscheinlich: Allen) sind „tough on crime“ (mich würden sie nie frei lassen).
4. Republikanische strategische Berater sowie Politwissenschaftler<sup>1</sup>, und auch die konservative Zeitung Washington Times<sup>2</sup>, sagten, dieses Thema werde während des ganzen Wahlkampfes besonders wichtig sein – also bis November 2012.
5. Der Vorwurf, der oft gegen Kaine erhoben wird, ist: Seine Erklärung für seine Entscheidung kann nicht wahr sein. (Er behauptet, er habe mich nach Deutschland schicken wollen, um Geld zu sparen – aber es dreht sich ja nur um \$ 25,000 pro Jahr.) Also müsse es einen anderen Grund geben: angeblich meine „diplomatic connections“ (meine diplomatischen Beziehungen). Damit ist mein Vater gemeint; der wird hier immer als unwahrscheinlich wichtiger Diplomat portraitiert. Der Vorwurf ist also: Irgendwie hat das Auswärtige Amt dem Gouverneur Kaine einen Vorteil versprochen, etwas gegeben oder ihn bestochen, um mich nach Deutschland zu schicken. Der Vorwurf gegen Kaine ist also auch eine Beleidigung Deutschlands.
6. Am 5. Mai gab Kaine ein Interview<sup>3</sup> an die Associated Press, in dem er versuchte, sich dadurch zu verteidigen, dass er mich angriff: Ich sei ein „unsympathischer Typ“, und er würde mir „nie Gnade (clemency) gewähren“.

---

<sup>1</sup> Zachary Abate, „Extra questions“, World Magazine, April 11, 2011

<sup>2</sup> Paige Winfield Cunningham, „Gubernatorial decision on killer now haunts candidate Kaine“, Washington Times, May 15, 2011

<sup>3</sup> Bob Lewis, „AP Interview: Kaine says Soering, taxes, rest stop closings show he can make tough decisions“, Associated Press, May 5, 2011

7. Diesen Versuch von Kaine, die Republikaner rechts zu überholen (also: noch „tougher on crime“ zu sein als die Republikaner) konnte McDonnell natürlich nicht auf sich sitzen lassen. Am 24. Mai gab er eine Presseerklärung ab, in der er behauptete, nicht zu intervenieren – was natürlich heuchlerisch war, denn diese „Nichtintervention“ bestand daraus, so öffentlich wie möglich zu sagen, dass er mich für restlos schuldig halte und dass ich meine Strafe in Virginia absitzen müsse. Bezeichnenderweise sagte er dieses Mal, im Gegensatz zum 30. März, ausdrücklich nicht, dass das „parole board“ unabhängig sei und meinen Fall mit „neuen Augen“ beurteilen könne.
8. Am gleichen Tag erschien in der Zeitung Washington Post ein Artikel, in dem direkt auf die politische Motivation hingewiesen wurde: „Die Presseerklärung des Gouverneurs wirft ein neues Licht auf den Fall – was Absicht sein könnte. Republikaner meinen, der Fall könnte problematisch werden für den Senatswahlkampf des ehemaligen Gouverneurs Tim Kaine (Demokrat).“<sup>4</sup>
9. Fazit: Der Republikanische Gouverneur McDonnell entlässt mich nicht, weil er sich dadurch verspricht, dem Republikanischen Senatskandidaten Allen Schützenhilfe zu leisten. Würde ich entlassen, könnten die Republikaner nicht mehr behaupten, sie seien „tougher on crime“ (und „tougher on Söring“) als der Demokrat Kaine.
10. Am 11. Juli gab es eine Anhörung beim Gremium „parole board“ unter Anwesenheit eines hochrangigen Botschaftsmitglieds. Am 15. Juli führte ein Mitarbeiter des „parole board“ ein fünfzehnminütiges Gespräch mit mir, weil Insassen an ihren Anhörungen nicht teilnehmen dürfen. Nur neun Tage später, am 24. Juli – übrigens einem Sonntag – würde meine Entlassung zum siebten Mal abgelehnt. Wie üblich führte man dabei die Schwere der Tat an sowie, zum ersten Mal, das „Risiko für die Gesellschaft“. Da ich nach meiner Entlassung nach Deutschland abgeschoben würde, war das virginianische „parole board“ offensichtlich um das Risiko für die deutsche Gesellschaft besorgt.
11. Nach der Bekanntgebung der Entscheidung durch das „parole board“ richtete der Freundeskreis Jens Söring eine Briefwelle an:
  - a) den gegenwärtigen Demokratischen U.S. Botschafter in Berlin, Philip Murphy
  - b) den ehemaligen Republikanischen U.S. Botschafter in Berlin, Dan Coats – der jetzt ein U.S. Senator ist, also der ideale Gesprächspartner für Gouverneur McDonnell.
  - c) die Tourismusbüros Virginias und Washingtons.Jeder dieser vier Adressaten erhielt über 1.000 Briefe. Ziel war, den Republikanern zu vermitteln, dass der politische Schaden meines Falles womöglich größer sein könnte als der politische Nutzen.
12. Anfang August gab ich in Virginia außerdem zwei Fernseh- und ein Zeitungsinterview, um auf die politische Motivation der „parole“-Entscheidung

---

<sup>4</sup> Rosalind S. Helderman, „McDonnell won't intervene in Soering parole request“, Washington Post, May 24, 2011

hinzuweisen.<sup>5</sup> Der Vorsitzende des „parole board“ wurde im Februar vom Republikanischen Gouverneur McDonnell ernannt und ist auf Facebook mit dem Republikanischen Senatskandidaten Allen „befreundet“.

13. In einem dieser Interviews – Lynchburg News & Advance, 8. August 2011 – bestätigten Republikanische Pressesprecher, dass sie in der Tat vorhätten, meinen Fall als Wahlkampfthema zu instrumentalisieren.
14. Man kann mich also als politischen Gefangenen bezeichnen – und das wäre nur leicht übertrieben!
15. Wichtig: Die Virginianer sind für sachliche Argumente einfach nicht zugänglich:
  - a. Resozialisierung
    - i. Am 29. Juli 2010 sagte Gouverneur McDonnell meiner Anwältin Gail Ball, er sei „überzeugt er [also ich] ist vollkommen resozialisiert“.
    - ii. Ich habe in 25 Jahren keinen Regelverstoß im Gefängnis begangen – fast einmalig.
    - iii. Sieben Bücher.
  - b. „Reasonable Doubt“ / Berechtigter Zweifel
    - i. DNS – Test.
    - ii. Tony Buchanan.

Nichts davon zählt; nur die Politik zählt. Deshalb kann mein Fall nur noch politisch gelöst werden.

16. Ich brauche unbedingt die politische Unterstützung Berlins. Ich wiederhole: Man wird Washington einen sicherheitspolitischen Gefallen tun müssen (Beispiel: Aufnahme von Guantanamo Bay Insassen), um Washington zu motivieren, mich aus Virginia freizukaufen.

---

<sup>5</sup> Noreen Turyn, „Jens Soering Thinks Politics Part of Parole Denial“, WSET-TV, 5. August 2011; Rachel Ryan, „Soering discusses latest denial of parole“, Newsplex.com, 8. August 2011; Ray Reed, „Convicted murderer says political motivation behind parole board’s decision“, Lynchburg News & Advance, 8. August 2011